Stephan Eisel
www.stephaneisel.de
stephan.eisel@gmx.net
4.Mai 2025

Kompromiss als Lebenselixier der Demokratie

Als Union und SPD als Ergebnis ihrer Koalitionsverhandlungen Anfang April 2025 ihren Koalitionsvertrag „Verantwortung für Deutschland“ für die 21. Legislaturperiode vorgelegten, waren die besonders eingefleischten Anhänger der beiden Lager mit der gleichen Argumentation gleichermaßen enttäuscht: Sowohl besonders konservative Unionsanhänger als auch die Jusos forderten die Ablehnung der Einigung, da man an zu vielen Punkten der anderen Seite nachgegeben habe. Die einen fabulierten von einer Minderheitsregierung, die anderen forderten Nachverhandlungen.

Die Vertreter der „reinen Lehre“ – wie Helmut Kohl es immer nannte – hatten nicht nur das Wahlergebnis vergessen, das für Union nur 28,5 Prozent und der SPD nur 16,4 Prozent der Stimmen gebracht hatte. Die Wähler hatten also klar zum Ausdruck gebracht, dass sie die vollständige Umsetzung der Programme dieser (und aller anderen) Parteien nicht wollten. Vor allem aber fremdeln die Puristen auf beiden Seiten mit dem Kompromiss als Lebenselexier der Demokratie.

In ihrer Sichtweise bleibt der Kompromiss hinter dem angestrebten Ideal zurück, das man für sich selbst absolut setzt. Wer so denkt, dem ist fremd, was Konrad Adenauer in seiner berühmten Rede am 24. März 1946 in der Kölner Universität – weniger als ein Jahr nach dem Ende von Krieg und NS-Diktatur – als Lehre des „Nie wieder“ auf den Punkt gebracht hat: „Wer wirklich demokratisch denkt, muss sich immer leiten lassen von der Achtung vor dem anderen, vor seinem ehrlichen Wollen und Streben.“

Adenauer beschreibt so das Leitbild der Vielfalt für den Aufbau einer Gesellschaft, wie es schon Aristoteles fordert – ganz im Gegensatz zu seinem Lehrer Platon, der das Einheitsideal als Strukturprinzip einer Gesellschaft empfahl. Der Streit zwischen beiden Gesellschaftskonzepten durchzieht die politische Ideengeschichte. Anwälte der Vielfalt waren Denker wie John Locke, Immanuel Kant oder Ernst Fraenkel. Das Einheitsideal wurde zum Beispiel von Jean Jacques Rousseau, Karl Marx und Carl Schmitt vertreten. Sie hatten in der deutschen Ideengeschichte immer den größeren Einfluss gehabt.

Das Grundgesetz ist freilich in seiner ganzen Grundanlage das Gegenmodell zum Einheitsstaat und macht den Kompromiss zum Fundament des demokratischen Staates. Das gilt von der Machtverteilung durch das föderale Prinzip bis zum de facto Koalitionszwang durch das Verhältniswahlrecht. Dieses wurde zwar nicht im Grundgesetz, aber vom Parlamentarischen Rat im Wahlgesetz für die erste Bundestagswahl festgelegt. Eine Entscheidung für das Mehrheitswahlrecht hätte den Zwang zum Kompromiss deutlich reduziert. Das zeigen die angelsächsischen Länder, die allerdings historisch viel mehr von der Akzeptanz des „agree to disagree“ geprägt sind als Deutschland.

Nur 1957 statteten die Wähler durch eine absolute Mehrheit ein politisches Lager - damals die Union - mit der Legitimation aus, ihr Programm vollständig umzusetzen. Alle anderen Wahlergebnisse machten nicht nur Koalitionen zwischen verschiedenen Parteien mit unterschiedlichen Programmen unausweichlich, sie führten auch zu einer ausgesprochen nachhaltigen Kontinuität in der Exekutive. Mit der Ausnahme von 1998 kamen alle Regierungswechsel seit 1949 durch Koalitionswechsel zustande, das heißt es bleib beim Regierungswechsel immer eine der bisherigen Regierungsparteien an der Macht und nur eine wechselte in die Opposition. Durch die föderale Struktur ist zugleich gewährleistet, dass nie auf allen Ebenen immer die gleiche Partei das Sagen hat.

Es ist also im System des Grundgesetzes verankert, das sich nie ein politisches Lager vollständig durchsetzen kann. Wenn bei manchen dieser Eindruck dennoch entsteht, hat das damit zu tun, das gerade vor Wahlen Parteien ihr Profil besonders deutlich machen und dies von den Wählern auch erwartet wird. Dabei wird oft vergessen, was Gotthold Ephraim Lessing so treffend auf den Punkt brachte: „Beide schaden sich selbst: der, der zu viel verspricht und der, der zu viel erwartet." Der Aufklärer sprach damit ganz allgemein die Zerbrechlichkeit menschlicher Verlässlichkeit und Ehrlichkeit an. Politik ist davon nicht ausgenommen, wenn auch nicht alleine davon betroffen.

Wo in Wahlkämpfen zuviel versprochen und zuviel erwartet wird, leidet die Demokratie. Nach dem Wahltag zeigt sich nämlich, ob auch gehalten werden kann, was versprochen wurde. Und damit geht es um Glaubwürdigkeit als höchstes Gut der Politik in der Demokratie.

Vor der Wahl den Eindruck zu erwecken, man habe nach der Wahl alleine das Sagen und könne deshalb alles umsetzen, unterschätzt auch den Realitätssinn der Wähler. Es ist immer wieder erschreckend, wie sehr Wahlkämpfer dazu neigen, und dann hinterher manchmal verzweifelt versuchen, von den eigenen Versprechen loszukommen, weil sie eben nicht allein das Sagen haben.

Außerdem widerspricht es dem christlichen Menschenbild, den Einruck zu erwecken, nur man selbst läge mit seinen Vorschlägen richtig. Der Kern dieses Menschenbildes ist zu wissen: wir sind uns nicht selbst genug, es gibt etwas, was größer ist als wir. Der Christdemokraten wissen, dass der Mensch Geschöpf Gottes ist, sich selbst also nicht absolut setzen darf.

Daraus ergeben sich die vier Charakteristika des christlichen Menschenbildes: Erstens die Würde des Menschen, die immer dort gefährdet ist, wo jemand propagiert; Ich bin mehr als Du. So wird nämlich zweitens die Gleichwertigkeit aller Menschen in Frage gestellt, die auch das Grundgesetz von Artikel 1 bis zu den Wahlgrundsätzen („allgemein und frei") vielfach schützt. Das gilt auch drittens für das Wissen um die Verschiedenartigkeit der Menschen. Und schließlich ist der vierte Pfeiler des christlichen Menschenbildes die Einsicht in die eigene Unvollkommenheit. Sie im politischen Alltag nicht zu vergessen, fällt manchen besonders schwer.

Helmut Kohl hat seinen Redenschreibern immer gesagt: „Verwendet keine Superlative und vermeidet absolute Aussagen" – und: „Ich möchte alle Gründe kennen, die gegen meine Meinung und Entscheidung sprechen."

Wer die eigene Unvollkommenheit verdrängt und nur sich selbst im Besitz der Wahrheit sieht, wird zum Ideologen. Dies ist auch der Wesenskern von Populisten. Ein Populist ist nicht jemand, der etwas Populäres sagt, also etwas, was Menschen gerne hören. Ein Populist ist jemand, und daher kommt das Wort, der sagt: Ich bin das Volk. Ich spreche für alle. Andere Meinungen gelten nicht. Populisten sprechen Andersdenkenden die Legitimation ab und setzen sich selbst absolut. Deshalb sind Populisten oft aggressiv und im Kern dialogunfähig. Mit ihren absoluten Wahrheitsansprüchen spalten sie die Gesellschaft („Nur ich habe recht") und lehnen Kompromisse ab. Sie wollen sich überordnen und nicht einordnen. So sind rechte und linke Populisten eine Gefahr für die freiheitliche Demokratie. Das Beispiel Trump in den USA ist dafür leider ein erneutes Bespiel.

Solchen Gefahren müssen Demokraten klar benennen und entschlossen bekämpfen. Das beginnt beim eigenen Verhalten: Überzeugt, aber nicht dogmatisch die eigene Meinung vertreten und für Kompromisse offen bleiben. Andersdenkenden mit Respekt begegnen, denn sie im demokratischen Spektrum nicht Feinde, sondern Konkurrenten und sogar möglich Partner. Glasklare Ablehnung und energische Bekämpfung derer, die diese Grundlagen der freiheitlichen Demokratie zerstören wollen: Mit denen, die die Kompromisse grundsätzlich ablehnen, kann es keine Kompromisse geben.